

Wir zahlen nicht für eure Krise!

Großdemonstration in Frankfurt und Berlin

am 28. März 2009 um 12.00 Uhr

Die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise ist nicht einfach nur das folgenschwere Werk von gierigen Spekulanten und renditegeilen Bankmanagern. Es sind nicht hauptsächlich bestimmte Personen, die das verschulden, sondern das Wirtschafts- und Finanzsystem, das periodisch eine Überproduktion an Waren und Kapital erzeugt. Waren, die keine Käufer mehr finden, Kapital, das keine zufrieden stellende Rendite mehr erzielt und deshalb „kreative Finanzprodukte“ erfindet, um Renditen zu verbessern. Jetzt ist diese gewaltige Blase geplatzt.

Aber auch ohne diese Blasen (etwa im US-Immobilienktor) steckt der Kapitalismus in seiner tiefsten und umfassendsten Krise seit 1929: von der Beschleunigung des Klimawandels über imperialistische Kriege um den ungehinderten Zugang zu den Rohstoffen, von den Hunger- und Armutskrisen in den unterentwickelt gehaltenen Ländern bis zu der jüngsten Weltwirtschaftskrise: Der Kapitalismus kann der Menschheit keine Perspektive bieten! Solange die Verwertung von Kapital das A und O unseres Wirtschaft- und Finanzsystems ist, kommen die Krisen immer wieder und die Folgen für uns werden immer verheerender: Verlust des Ersparten, Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Armut, etc.

Aber die Profiteure dieses Systems werden deswegen noch lange nicht den Weg frei machen für eine vernünftige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Kabinett und Kapital versuchen, die Lösung ihrer Krise auf unserem Rücken auszutragen: Die Milliarden, die heute für die Sanierung der Banken ausgegeben werden, werden sie sich über neue Abgaben und Steuern sowie über die Einschränkung von Sozialausgaben wieder holen wollen: Privatisierungen und Einschränkung der öffentlichen Daseinsvorsorge, Kürzung von Transferzahlungen, Lohnkürzungen usw.

Wir machen da nicht mehr mit! Es reicht!

Unsere Lösungen sehen anders aus!

Wofür wir eintreten:

Statt Rettungspakete für Banken, Unternehmen und Vermögende:

- **Anhebung des Spitzensteuersatzes auf wieder mindestens 56%! Wiedereinführung der Vermögenssteuer**

Statt Verzichtslotik zum Wohle des „Standorts Deutschland“:

- **In allen Branchen: Gesetzlicher Mindestlohn von wenigstens 10 Euro steuerfrei sofort!**

Statt Ausgrenzung der Erwerbslosen:

- **Anhebung des Eckregelsatzes ALG II auf mindestens 500 € und Warmmiete. Weg mit Hartz IV!**

Statt Arbeitszeitverlängerung:

- **Arbeitszeitverkürzung bei vollem Entgelt- und Personalausgleich! 30 Std.-Woche sofort!**

Statt Altersarmut und Rente mit 67:

- **Rente mit 60 Jahren, ohne Abschläge!**

Statt Sozialisierung der Verluste durch ständiges Reinpumpen von Steuermitteln:

- **Vergesellschaftung der Banken, ohne Entschädigung und unter demokratischer und öffentlicher Kontrolle!**



Über 550 GewerkschaftsvertreterInnen schreiben an ihre Führungen Schluss mit der Zauderei, Zeit zu kämpfen!

Inzwischen haben über 550 KollegInnen, darunter wichtige gewerkschaftliche Funktionsträger und Gliederungen den Offenen Brief an die Gewerkschaftsvorstände unterschrieben, der eine offensive Mobilisierungsstrategie gegen die Folgen der Krise fordert. Eine Antwort haben die InitiatorInnen bisher nicht erhalten, aber es hat sich in den Gewerkschaften einiges bewegt.

Nächstes Ziel nach dem 28.März ist die Demo am 16.Mai in Berlin. Sie wird nur ein Erfolg werden, wenn auch für hier ein breites Bündnis unter Einschluss von attac, Umwelt-, Friedensbewegung und antikapitalistischen Gruppen geschlossen wird. Der vorausgehende Kapitalismuskongress des DGB muss geöffnet werden auch für Kritik an der bisherigen Gewerkschaftsstrategie, wie sie im Offenen Brief an die Vorstände formuliert wurde.

Die zunehmenden Proteste dürfen nicht wieder eingedampft oder in Unterschriftenaktionen kanalisiert werden. Es geht um Kopf und Kragen der ArbeiterInnenbewegung und der Gewerkschaften selbst. Die Führungen stehen in der besonderen Verantwortung, in den nächsten Wochen jenseits wahltaktischer Kalküle eine Strategie zu entwickeln, mit der sich die Gewerkschaften der drohenden Entwicklungen erfolgreich erwehren können.

**Aufruf und alle UnterzeichnerInnen unter:
www.angewerkschaftsvorstaen.de**

Offener Brief

an

**Bundeschristliche DGB und
Bundeschristliche der DGB-Gewerkschaften**

Gewerkschaftliche Mobilisierung in der Krise

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
spätestens seit September 2008 ist klar, dass wir es mit einer Wirtschaftskrise zu tun haben, die in ihren Dimensionen nur noch mit der Weltwirtschaftskrise in den Folgejahren von 1929 vergleichbar ist. Damit steht eine Verteilungauseinandersetzung ins Haus, wie sie unsere GewerkschafterInnen-Generation noch nicht erlebt hat.

Schon jetzt haben 100 000 befristet Beschäftigte und ZeitarbeiterInnen ihre Arbeit verloren. Die Prognosen für Wachstum, Unternehmensumsätze und Erwerbslosigkeit verdüstern sich fast im Wochenrhythmus.

Vielleicht zeitversetzt zu den USA, spätestens aber nach der Bundestagswahl werden wir mit Firmenzusammenbrüchen, massivem Druck auf die Lohn- und Sozialstandards und mit neuer Massenarbeitslosigkeit konfrontiert sein. Man muss nicht die Analogie zu 1929 bemühen, um zu erkennen: auch für die Gewerkschaften selbst und die Demokratie erwachsen aus dieser Krise erhebliche Risiken. Angesichts all dessen sind wir beunruhigt und enttäuscht, dass die Gewerkschaften in den Debatten und Auseinandersetzungen fast nicht wahrnehmbar sind. Immerhin geht es um Kopf und Kragen der Lohnabhängigen und sozial Schwachen.

In dieser Situation ist Abwarten keine Option! Hoffnungen, durch Gespräche und Beteiligungen am allgemeinen Krisenmanagement ließe sich das Schlimmste abwenden, werden trügen, wie sie schon 1929 getrogen haben. Auf wen die Lasten der Krise in den nächsten Monaten und Jahren, wenn es um den Abbau der gigantischen Staatsverschuldung geht, abgewälzt werden, ist eine gesellschaftliche Machfrage, die danach entschieden wird, was wir auf die Beine stellen, zu welcher Mobilisierung auf Straßen und Plätzen und in den Betrieben wir in der Lage sind.

Dass Ihr Euch in dieser Situation bisher nicht dazu durchringen konntet, zu dem ersten großen weltweiten Aktionstag am 28. März im Vorfeld des G 20 Gipfels in London aufzurufen, ist uns nicht nachvollziehbar. Keiner kann garantieren, dass wir Hunderttausende sein werden in Frankfurt/M und Berlin. Und richtig ist auch, dass wir es bis jetzt erst mit den Vorboten der Krise zu tun haben. Aber jeder, der in Kontakt mit unsren KollegInnen steht, weiß, wie groß Verunsicherung, Angst und Wut sind. Jetzt ist es Zeit, der so oft reklamierten Führungsverantwortung gerecht zu werden. Gewerkschaftliche Organisationen wurden geschaffen, um Ressourcen, Rücklagen und Strategien über den Tag hinaus aufzubauen bzw. zu entwickeln, um damit auch in politischen und ökonomischen Krisenzeiten gewappnet zu sein.

- Wir appellieren daher an Euch, eine breite, offene und selbstkritische Diskussion über gewerkschaftliche Strategien in der Zukunft zu forcieren. Ansätze dazu gibt es ja bereits.
- Wir appellieren weiter: lasst uns eine Strategie der globalen Solidarität entwickeln! In der Krise würde ein Rückfall in nationalen Standortkorporatismus nur zu einem beschleunigten Dumpingwettbewerb führen, deren Verlierer die ArbeitnehmerInnen in anderen Ländern und letztlich auch wir selbst wären.
- Wir appellieren an Euch, offensiv und engagiert in breiten gesellschaftlichen Bündnissen gegen die Krise zu mobilisieren.
- Wir appellieren an Euch, den Aufruf zum weltweiten Aktionstag gegen die Folgen der Krise am 28. März (auch als Auftakt zur EGB-Demo am 16.Mai) mit dem ganzen Gewicht der gewerkschaftlichen Organisation zu unterstützen: „Wir zahlen nicht für Eure Krisen!“

Mit freundlichen Grüßen

Ver.di rechnet Tarifkompromiss schön

Mit 5,8 % und mit der Behauptung, das Tarifniveau der kommunalen Beschäftigten erreicht zu haben, ging Frank Bsirske nach der 4. Verhandlungsrunde vor die Presse. Wieder einmal ein, in schlechter Tradition, schön gerechnetes Ergebnis. Die Forderung war 8%, mindestens aber 200,-€ bei einer Laufzeit von einem Jahr. Für die Auszubildenden sollten es 120,- € monatlich mehr werden, auch für das Jahr 2009. Das Ergebnis selber: Für die Monate Januar und Februar gibt es als Einmalzahlung 40,-€. Ab dem 1. März 2009 werden die Tabellen um 40,- € erhöht und darauf gibt es noch 3%. Die Auszubildenden erhalten ab 1. März 60,- € mehr im Monat. Ab dem 1. März erhalten alle 1,2% Die Laufzeit ist bis zum 31.12.2010.

Was nicht gesagt wurde ist, dass das 2006 vereinbarte Leistungsentgelt von 1% pro Monat, das im Länderbereich bisher im Dezember als Einmalzahlung von 12% an alle ausgezahlt wurde, ab dem 1.1.2009 wegfällt. Ebenso die Prämie für die Azubis bei bestandener Abschlussprüfung von 400,-€. Wie ist das zu bewerten, was uns jetzt so verkauft wird? Mit der Laufzeit von 2 Jahren wurde die Chance vertan, im Tarifbereich ÖD zumindest bei den Laufzeiten wieder zu einer Einheit zu kommen. Zumindest mental wäre das für den wesentlich schwächeren Länderbereich enorm wichtig gewesen. Genau davor haben die Arbeitgeber panische Angst. Das Schlimme ist aber, dass noch nicht einmal in der niedersten Entgeltgruppe die verkündete 5,8% Erhöhung selbst bei der 2-jährigen Laufzeit erreicht ist, da das weggefallene Leistungsentgelt mit berücksichtigt werden muss. Nun sind wir ja nicht böse, wenn das Leistungsentgelt grundsätzlich wegfällt, da dies nur ein Instrument zur Spaltung der Belegschaften ist, aber immerhin war das ja 2006 nicht ein Sahnehäubchen, ein Geschenk der Arbeitgeber, sondern das haben wir bezahlt mit dem Wegfall der Sozialzuschläge und weniger Weihnachtsgeld. Somit sind die 1,2 % für 2010 eigentlich eine Nullnummer, da wir 1% über das Leistungsentgelt bereits finanziert haben. Dieser unehrliche Umgang der Gewerkschaftsführung war es auch vor allem, der bei den KollegInnen großen Unmut auslöste. Zu der Frage, wäre mehr drin gewesen, kann man sagen, in Baden Württemberg und vor allem in Stuttgart war die

Mobilisierung bei den Warnstreiks recht ordentlich. Bundesweit wurde eingeschätzt, dass ein Erzwingungsstreik nicht möglich gewesen wäre. Mag es sein oder auch nicht. Wenn es aber so eingeschätzt wird: warum dann ein Abschluss auf Biegen und Brechen? Man hätte beispielsweise nur den jetzigen Kompromiss für das Jahr 2009 annehmen können. Mit offensiver Öffentlichkeitsarbeit wäre die Gegenseite bei Ablehnung ganz schön in Erklärungsnot gekommen. Man hätte aber auch gar nichts unterschreiben können und wäre dann auch nicht mehr in der Friedenspflicht. Im diesjährigen „Superwahljahr“ bieten sich da gute Möglichkeiten, denn im Wahlkampf sind Streikaktionen bei der Politik nicht sehr beliebt. Außerdem werden gerade bei den EU und Bundestagswahlen z. B. die statistischen Landesämter besonders benötigt. Oder im April bei der NATO-Kriegstagung, wo einige zigtausend Polizisten etc. wieder Bürgerkrieg üben sollen, könnte ein Dienst nach Vorschrift durch die ebenfalls betroffenen Beamten einigen Sand ins Getriebe streuen. Es gibt noch einiges zu tun, die innergewerkschaftliche Demokratie und Ehrlichkeit und die Taktik zur Durchsetzung von berechtigten Forderungen gehören gründlich diskutiert und die entsprechenden Schlussfolgerungen gezogen.

Günther Klein, Vorsitzender Fachbereich 5, Bildung, Wissenschaft, Forschung, verdi Stuttgart

Arbeitszeitappell: Arbeitszeitverkürzung jetzt! Zeit für eine Offensive.

Arbeiten bis zum Umfallen – diese Marschrichtung geben Arbeitgeber und Regierung vor. Rente mit 67, mehr Arbeitsdruck sowie die Verlängerung der tariflichen und tatsächlichen Arbeitszeiten steht auf ihrer Agenda. Die Folgen: Immer mehr Ältere scheiden frühzeitig – und mit gekürzter Rente – aus dem Arbeitsleben aus. Jugendlichen wird die Beschäftigungsperspektive genommen.

Unsere gewerkschaftliche Antwort lautet: Nein zu jeglicher Arbeitszeitverlängerung. Stattdessen: Arbeit umverteilen – durch eine deutliche Reduzierung der Wochen- und Lebensarbeitszeiten.

Raus aus der Defensive. Es reicht nicht Arbeitgeber-Forderungen nach unbezahlter Mehrarbeit zurückzuweisen oder einzugrenzen. Die mehrwöchigen Streiks 2006 in den Bundesländern haben gezeigt, dass die Beschäftigten in der Arbeitszeitfrage mobilisierbar sind. Eine kampflose Ausweitung der Arbeitszeiten oder als Verhandlungsmasse bei Tarifrunden dürfen wir nicht mehr akzeptieren. Längere Arbeitszeiten in Ostdeutschland und für Beamte und Beamtinnen werden nur genutzt, um die Beschäftigten unter Druck zu setzen und zu spalten.

Arbeitszeitverlängerung bedeutet vor allem beschleunigter Personalabbau. Die Beschäftigten haben mehr Stress, weniger Zeit für Familie, weniger Freizeit und geringere Möglichkeiten, sich gesellschaftlich zu engagieren. Wir treten dafür ein, gegen Arbeitszeitverlängerung zu mobilisieren und in Zukunft keinerlei Arbeitszeitverlängerungen mehr hinzunehmen.

Arbeitszeitverkürzung muss auf die Tagesordnung. Die Vernichtung Tausender Arbeitsplätze im Öffentlichen Dienst und in weiten Teilen der Privatwirtschaft setzt sich fort. Darauf ist eine zentrale Antwort der Gewerkschaften: Arbeitsumverteilung. Die Bedeutung dieser Forderung wird in der anstehenden Rezession noch wachsen. Die Erfahrung aus den 80er-Jahren hat gezeigt, dass die Verkürzung der Arbeitszeiten Stellen schaffen oder sichern kann. Sie ist von den Arbeitgebern allerdings vielfach auch zur Flexibilisierung und Arbeitsintensivierung genutzt worden. In den 90ern ging in einer Reihe von Betrieben die Reduzierung der Arbeitszeiten mit Lohnverlusten einher. Wir treten für eine Verkürzung in großen Schritten – zunächst für die 35-Stunden-Woche – sowie für vollen Lohn- und Personalausgleich ein.

Das wird nur in harten Konflikten durchsetzbar sein. Wir eröffnen daher schon jetzt eine Debatte in allen Gliederungen unserer Gewerkschaft. Der Kampf um Arbeitszeitverkürzung muss zentrales Element in Programm und Praxis von ver.di sein.

Unterschreiben bei:
www.arbeitszeitappell.de

Was will die „Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken“

Was etwas holprig daherkommt, ist nicht mehr und nicht weniger als ein längerfristig angelegtes Projekt mit dem Ziel, linker Gewerkschaftspolitik größere Geltung zu verschaffen. Vorausgegangen war eine ca. einjährige Debatte in verschiedenen regionalen Diskussionszusammenhängen und in den Zeitschriften »Sozialismus« und »express«, die die Initiatoren ermutigte, das erste bundesweite Treffen zu organisieren, dem mittlerweile viele weitere folgten. Die Arbeit wird kontinuierlich fortgesetzt in einem Arbeitsausschuss.

Wie ist die Politik der Gewerkschaften in der Krise?

Alles in allem trifft die Krise die Gewerkschaften unvorbereitet und schlecht gerüstet. Die **erste Reaktion** war Schweigen. Die **zweite Reaktion** waren Konjunkturprogramme und Lobbyarbeit. Eine breite Mobilisierung gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf unseren Rücken wie in anderen europäischen Ländern wurde nicht organisiert, obwohl die Krise längst die Betriebe erreicht hat, die Leiharbeiter bereits nach Hause geschickt wurden, viele Belegschaften in Kurzarbeit sind und mit Kosteneinsparprogrammen konfrontiert werden. Die Gewerkschaften stehen diesem wie gelähmt gegenüber. Auf die nächsten Wahlen zu hoffen und für Kreuze an der richtigen Stelle zu werben, ist eine trügerische Hoffnung. Denn nach den Wahlen wird die Zurückhaltung der etablierten Parteien ein Ende haben. Sie werden versuchen, die Lasten auf uns abzuwälzen mit Sozialraub in ungekannter Größenordnung. Dies droht, wenn wir nicht jetzt die Gegenwehr offensiv organisieren.

Was meinen die Gewerkschaftslinken?

Die Gewerkschaften müssen die Krise als Systemkrise erkennen und begreifen, dass in nächster Zeit harte Verteilungskämpfe auf der Tagesordnung stehen. Es ist eine Illusion zu glauben, dass es ein gemeinsames Interesse von Unternehmensseite und abhängig Beschäftigten in der Krise gibt oder dass Konjunkturprogramme den Sozialstaat zurückbringen würden. Auch wenn sich die Bundesregierung mit einer deutlich erhöhten Staatsverschuldung bis zu den Bundestagswahlen über die Krise retten will, wird die Rechnung danach umso härter den Beschäftigten, Rentnern und Erwerbslosen präsentiert werden.

Dies ist nur zu verhindern, wenn die Gewerkschaften aktiver Teil einer sozialen und politischen Bewegung werden, die heftige Gegenwehr gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Masse der Bevölkerung entwickelt und ein politisches **Sofortprogramm** auf die Agenda setzt, das als grundlegende Alternative gegen die kapitalistische Krisenlösungsstrategien wahrnehmbar ist.

Weitere Infos über die Gewerkschaftslinken und ihre örtlichen Foren gibt es im Labournet unter www.labournet.de/GewLinke/

Wer Kontakt aufnehmen möchte findet dort bundesweite und örtliche AnsprechpartnerInnen.

Infos zur Bündnis-Demo

Unter dem Motto „Wir zahlen nicht für eure Krise! - Für eine solidarische Gesellschaft“ mobilisiert ein breites gesellschaftliches Bündnis aus ca. 150 Organisationen und vielen Einzelpersonen zu den Demonstrationen am 28. März nach Frankfurt/Main und Berlin.

Diese finden statt am Aktionstag zum Welt-Finanz-Gipfel (G20), im Rahmen der globalen Aktionswoche gegen Krise und Krieg.

Aus dem Aufruf:

Der Protest geht weiter:

- am 1. Mai bei den Kundgebungen und Maidemonstrationen
- am 16. Mai bei der bundesweiten Demonstration des EGB/DGB in Berlin
- vom 15. bis 19. Juni in der bundesweiten Aktionswoche Bildungsstreik

Krise und Krieg: Über eine Billion Euro werden weltweit für Rüstung vergeudet – zwei Drittel davon in den NATO-Ländern. Und: die kapitalistische Krise erhöht die Gefahr, dass Kriege geführt werden. Deshalb demonstrieren wir am 3. und 4. April beim NATO-Jubiläum in Straßburg/Baden-Baden gegen Krise und Krieg.



Den vollständigen Aufruf des Bündnisses, die unterstützenden Organisationen, eine Busbörse und anderes gibt es auf der Homepage des Bündnisse unter:

www.28maerz.de

Impressum:

Sekretariat – Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken

Hans Kroha – Klaus Peter Löwen – Michael Köster
Max-Planck-Straße 64 a, 63500 Seligenstadt

Tel: 06182/782306 / E-Mail: HKroha@t-online.de

Redaktionsschluss: 24. März 2009